

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschlieung zum Protest gegen den eskalierenden Stahl-Protektionismus der USA gegen EG-Stahlimporte

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- A. unter Hinweis auf die Gespräche, die zur Zeit zwischen der Kommission und den US-Behörden einerseits über die Auslegung der im Stahlrohrabkommen enthaltenen „Engpaßklausel“, andererseits über die von den Vereinigten Staaten verlangten Beschränkungen bei Stahlerzeugnissen, die gemäß dem Abkommen über Kohlestoffstahl von 1982 keinen mengenmäßigen Beschränkungen unterworfen sind, stattfinden,
- B. gestützt auf die Erklärung des Rates vom 27. März 1985 über die Beziehungen zu den USA auf dem Stahlsektor,
- C. unter Hinweis auf seine Entschlieung vom 13. Dezember 1984 zu Einfuhrbeschränkungen der USA für Stahlröhren aus der EG, und in Anbetracht des bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel in Bonn Anfang Mai 1985 —
 - 1. verurteilt nachdrücklich die einseitigen Bestrebungen der amerikanischen Regierung, nach den Einfuhrbeschränkungen bei Kohlestoffstahl, Spezialstählen und Stahlröhren nun auch noch Beschränkungen für die Einfuhr sogenannter „Konsultations“-Stahlprodukte einzuführen;
 - 2. ist der Ansicht, daß dieses zunehmend protektionistische Vorgehen der USA völlig im Gegensatz zu den Bekenntnissen der amerikanischen Regierung zur Förderung des Freihandels steht und die Bestrebungen zur Eröffnung einer neuen GATT-Runde gefährdet,stellt fest, daß die in letzter Zeit gestiegenen Halbzeugexporte auf den höheren Bedarf an bestimmten Qualitäten, der nicht von den US-Stahlproduzenten gedeckt werden kann, zurückzuführen sind;

3. ist ferner der Auffassung, daß die amerikanische Auslegung der „Engpaßklausel“, so wie sie im Stahlrohrabkommen festgelegt ist, völlig im Widerspruch zum Sinn und Inhalt dieses Abkommens steht, und fordert die Kommission auf, an ihrer Auslegung unverändert festzuhalten, wie im Fall des Projekts „All-American-Pipeline“;
4. warnt vor der Gefahr, daß weitere Einfuhrbeschränkungen zu einer grundlegenden Verschlechterung der Beziehungen zwischen der EG und den USA führen, und betont nachdrücklich, daß die Vereinigten Staaten für die handelspolitischen Konsequenzen ihrer Politik verantwortlich sind;
5. vertritt die Auffassung, daß die EG bei bestimmten Produkten gegenüber anderen Ländern diskriminiert wird, die ihre Stahlausfuhren in die USA im Vergleich zu der EG noch erhöht haben;
6. fordert die Kommission auf, unverzüglich Vorbereitungen zur Einleitung der in den GATT-Regeln vorgesehenen Gegenmaßnahmen zu treffen, wobei ähnlich empfindliche Bereiche wie z. B. Landwirtschaft, Steinkohle oder Chemie in Betracht kommen;
7. erwartet von den Präsidenten des Rates und der Kommission, daß sie im Sinne dieser EntschlieÙung auf dem Weltwirtschaftsgipfel Anfang Mai 1985 in Bonn initiativ werden und dabei auch auf die Erklärung der über die Stärkung des freien Welthandels des letzten Weltwirtschaftsgipfels in London ausdrücklich hinweisen;
8. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat und der Kommission, den Parlamenten der Mitgliedstaaten, dem Beratenden Ausschuß der EGKS sowie der US-Regierung zu übermitteln.